

# Zukunft der Friedbergbahn

Nostalgisches Beförderungsmittel soll touristisches Highlight werden

Auf Einladung von Ina Leukefeld weilte Dr. Gudrun Lukin (beide Fraktion DIE LINKE) in Suhl, um sich über das Projekt „Friedbergbahn“ zu informieren. Ziel war, sich die aktuelle Situation vor Ort anzuschauen und Neues über den Stand und die Zukunft der vor drei Jahren begonnenen Wiederherstellung der Friedbergbahn zu erfahren.

Deshalb trafen sich die beiden engagierten Frauen mit dem Geschäftsführer des Vereins "Dampfbahnfreunde mittlerer Rennsteig e.V.", Manfred Thiele sowie mit Vereinsmitgliedern der IG Friedbergbahn, Mike Marzok und Bernd Henn, zum Vororttermin.

Seit über drei Jahren arbeitet der Verein an der Eisenbahnverbindung zwischen Schleusingen und Suhl, um die historische Strecke wieder befahrbar zu machen. Ende 2013 konnte erstmals aus Richtung Schleusingen wieder bis zum Bahnhof Friedberg gefahren werden. Jetzt wollen die Unentwegten Ende 2014 vom Bahnhof Suhl aus den Friedberg erreichen. Welcher Kraftakt das ist, ist von einer Brücke zu sehen, die über Suhl-Neundorf die Strecke überspannt. Hier sind bereits die wild und reichlich wachsenden Gehölze entfernt. Weiter oben sehen wir noch kleine Bereiche in urwüchsigem Zustand und können uns vorstellen, welche immense Arbeit unsere Begleiter investiert haben. Am Bahndamm treffen wir auch einen Bürger aus Neundorf, der unserem Treiben interessiert zuschaut. Er packt seit geraumer Zeit mit an, denn er freut sich darauf, Züge hier wieder entlang dampfen zu sehen. Und viele andere Bürger tun das auch, wie er uns stolz berichtet.



Zwischen Neundorf und Friedberg verläuft die steilste Regelspurstrecke Deutschlands, die Eisenbahnen noch bewältigen, ein Alleinstellungsmerkmal, wie Herr Thiele stolz berichtet. Bis zu 7,06% werden hier erreicht, die ohne jegliche Hilfsmittel wie Zahnradstangen oder Seilunterstützung überwunden werden. Für Touristen sicher eine Attraktion, wenn hier wieder nostalgische Züge unterwegs sein würden. „Wir wollen erreichen, dass Südthüringen mit solchen Zügen wieder komplett befahrbar wird“, so die Vision der Vereinsfreunde. Von Suhl bis Themar oder von Suhl bis Schleusingen als Umsteigebahnhof auf die Strecke nach Schmiedefeld bzw. Bahnhof Rennsteig. So könnten nostalgische Eisenbahnfahrten als Bindeglied zwischen den touristischen Zentren fungieren. Ein Gewinn für Suhl auch als staatlich anerkannter Erholungsort, der durch ein solches Highlight sicher mehr Touristen in die Region locken würde.

Herr Thiele berichtet uns aber auch, dass der Verein vor der Inbetriebnahme

die Verkehrssicherheitspflicht zu gewährleisten hat. Hier sei die Politik gefragt, solch ein tolles Projekt unbedingt zu unterstützen. Ina Leukefeld und Dr. Gudrun Lukin stehen jedenfalls hinter den Akteuren und werden sich dafür einsetzen, dass das Projekt seinen realisiert wird. Dazu soll es im Wirtschaftsausschuss des Thüringer Landtages einbracht werden, denn dort ist über einen touristisch orientierten Schienenpersonennahverkehr (SPNV) bisher noch nicht gesprochen worden. Ich selber werde das Projekt im Stadtentwicklungsausschuss vorstellen, um Stadtverwaltung sowie Stadträte zu sensibilisieren.

Dass es funktioniert, zeigt die Inbetriebnahme der Strecke von Erfurt zum Bahnhof Rennsteig, die seit Mitte des Jahres bereits über 14.500 Fahrgäste verzeichnen konnte. Und unsere Vereinsfreunde der Friedbergbahn? Die würden sich über weitere Mitstreiter sehr freuen, denn es ist noch viel zu tun...

Ilona Burandt ■

## Medienschau: Regierungsbildung in Thüringen - „Ratlosigkeit der Union steigt“

**Bundesweit berichten die Medien über die Regierungsbildung in Thüringen und ihre Akteure. Hier einige Auszüge aus der Fülle an Meldungen und Kommentaren:**

„Wer hat Angst vor dem roten Schreckgespenst?“, fragt das Handelsblatt und erläutert: „Wer vor einer linken Regierung in Thüringen warnt, der verkennt, dass Deutschland bereits Erfahrungen mit linken Landesregierungen gemacht hat.“ Dabei habe sich gezeigt: „So schlecht haben rot-rote Bündnisse gar nicht regiert.“ Sehr detailliert und angenehm sachlich werden die Landesregierungen mit Linke- bzw. PDS-Beteiligung in Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern analysiert. Die schrillen Warnungen vor allem aus der CDU kennzeichnen das Handelsblatt dagegen als „Horrorvisionen“.

„Kurs auf Rot-Rot-Grün“, titelt das Hamburger Abendblatt. Die Koalitionsempfehlung der Thüringer SPD-Spitze für ein rot-rot-grünes Bündnis mit Bodo Ramelow als erstem Ministerpräsidenten der LINKEN in Deutschland sei vom neuen SPD-Landesvorsitzenden Andreas Bausewein als „Entscheidung

von historischer Tragweite“ bezeichnet worden.

Die Abendzeitung München hebt Aussagen aus der SPD Thüringen hervor, ausschlaggebend für die Koalitionsempfehlung seien „die größere inhaltliche Übereinstimmung mit Linken und Grünen sowie die Erwartung auf mehr Stabilität dieser Koalition gewesen“.

„Wohin treibt Thüringen?“, fragt die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Und gibt darauf eine klare Antwort: „Es wird so kommen.“ Dazu nämlich: „dass Rot-Rot-Grün zusammenfindet und dass die Linkspartei ihren ersten Ministerpräsidenten feiern kann“.

„Ein linker Ministerpräsident könnte die Republik verändern“, heißt es beim Deutschlandfunk. Ebenso wahrscheinlich sei aber auch, dass ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis die LINKE verändern werde, die in der Verantwortung stets einen realistischeren Blick von der Wirklichkeit bekommen habe als in der Opposition. „Auch dies könnte ein Bündnis links der Mitte auf Bundesebene mittelfristig realistischer erscheinen lassen“, so die Schlussfolgerung.

Die Osnabrücker Zeitung kommentiert die Regierungsbildung in Thüringen sogar als Teil einer „Perspektive für die nächste Bundestagswahl“; nämlich: „um 2017 einen SPD-Vertreter auch von der Linken zum Kanzler wählen lassen zu können“. Fazit der Zeitung: „Die Ratlosigkeit in der Union steigt.“

(sw) ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

**Herausgeber:**

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

**Redaktion:**

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.

## DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

### Gaucks Prüfung

Der Bundespräsident, das sei angeführt, hat ganz konkrete Aufgaben. Sein „Wirken im Inland“, so ist es auf der Homepage des Bundespräsidialamtes ausdrücklich vermerkt, besteht beispielsweise aus Folgendem: „Über den Parteien stehend, wirkt er in Reden, Ansprachen, Gesprächen, durch Schirmherrschaften und andere Initiativen integrierend, moderierend und motivierend.“

Ob Joachim Gauck, der derzeitige Amtsinhaber, die Homepage des Bundespräsidialamtes kennt und die genannten Pflichten verinnerlicht hat, kann ich nicht sagen. Manche seiner Aktivitäten lassen Zweifel. So hat er sich gerade parteiisch und wie der Elefant im Porzellanladen zu einem möglichen Ministerpräsidenten der Linkspartei in Thüringen geäußert; er müsse sich „schon ganz schön anstrengen, um dies zu akzeptieren“. Nicht nur die Linkspartei hat die Einmischung des Staatsoberhauptes (das ist Gauck) zurückgewiesen. Auch ihre potentiellen Koalitionspartner gingen (bis auf einen bekannten Viel- und gelegentlichen Blindflieger) auf Distanz zu Gauck.

Der hat diesmal ohnehin noch höhere Mächte gegen sich. Er habe mit seinem Vorstoß der Demokratie „keinen Gefallen getan“, heißt es bei Spiegel Online (!). Und „alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ (Artikel 20), betont das Grundgesetz. Es zu wahren und zu verteidigen, hat Gauck in seinem Amtseid geschworen. Also muss er die Thüringer Wahlentscheidung „akzeptieren“.

Zusätzlich lohnt ein Blick in die Bibel. „Denn Gott widersteht den Hoffärtigen“, heißt es im 1. Brief des Petrus, Kapitel 5. Gut möglich, dass ein höheres Wesen seinen früheren Pfarrer Gauck, der es mit dem christlichen Gebot der Demut selten genau nimmt, diesmal besonders prüft. Oder, volkstümlicher ausgedrückt: Das Leben ist kein Ponyhof, Herr Gauck! ■